

**Oktober
2012**

**Landesverband
Rheinland-Pfalz**

In dieser Ausgabe:

**33. Deutscher
Rechtspflegertag**

**Erprobung der Ver-
trauensarbeitszeit**

**Gemeinsamer
Bezirksverbandstag
der pfälzischen Be-
zirksverbände**

Anwärterfrühstück

17. Bundesjugendtag

PlaceCam

Hinweise / Termine

33. Deutscher Rechtspflegertag Sicheres Grundbuch = Stabilität für die Wirtschaft

Vom 17.09. bis 21.09.2012 fand in Essen der 33. Deutsche Rechtspflegertag statt. Im Rahmen der Delegiertenversammlung wurde die Bundesleitung insgesamt in ihrem Amt bestätigt, so auch unser Geschäftsführer Manfred Georg als Schatzmeister. Der einstimmig wiedergewählte Bundesvorsitzende Wolfgang Lämmer bedankte sich für das in ihn gesetzte Vertrauen und versicherte, er werde sich mit vollem Einsatz seiner Aufgabe widmen. Wir gratulieren allen Gewählten!



Auf dem Bild:
Die Abordnung der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger aus Rheinland-Pfalz

Impressum:
Jella Fiebach, c/o Amtsgericht Betzdorf, Friedrichstr. 17, 57518 Betzdorf
Tel. 02741/927-106; email: j.fiebach@gmx.de
Bund Deutscher Rechtspfleger, Landesverband Rheinland-Pfalz
Landesgeschäftsstelle:
Manfred Georg, c/o AG Koblenz, Karmeliterstraße 14, 56068 Koblenz
email: rheinland-pfalz@bdr-online.de
Homepage: www.rlp.bdr-online.de

Info Oktober 2012

Neben Wolfgang Lämmer wurden in ihren Ämtern bestätigt: Geschäftsführer Mario Blödtner, Schatzmeister Manfred Georg, Öffentlichkeitsreferentin Claudia Kammermeier, Schriftleiter des Rechtspflegerblatts Martin Haselmayer, stellvertretende Vorsitzende ohne zugewiesenen Geschäftsbereich Klaus Rellermeyer und Elke Strauß.

Am 20.09.2012 tagten die Arbeitskreise des BDR. Sie sind keine Satzungsorgane des BDR. Die Ergebnisse der Arbeitskreise werden jedoch in der Fachwelt, der Justizverwaltung und der Politik mit großem Interesse beachtet. Die Empfehlungen der Arbeitskreise I (Entwertung des Grundbuchs), II (Fortentwicklung des Statusrechts des Rechtspflegers) und III (Reformbedarf für das FamFG) wurden in Entschließungen des Rechtspflegertages zusammengefasst.

(Anm. d. Redaktion: die Entschließungen des 33. Deutschen Rechtspflegertages sind veröffentlicht auf www.bdr-online.de).

Zu der großen Festveranstaltung am 20.09.2012 im Hotel Bredeney erschienen zahlreiche Ehrengäste aus Politik und Justiz sowie viele Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger. Für die Stadt Essen sprach der 1. Bürgermeister Rudolf Jelinek ein Grußwort. Für die verhinderte Bundesjustizministerin Sabine Leutheusser-Schnarrenberger verlas das Grußwort der Ministerialdirigent Dr. Matthias Korte. Der aus Essen stammende nordrhein-westfälische Justizminister Thomas Kutschaty bedankte sich für die Einla-

derung und stellte in seinem Grußwort klar: „Die Bedeutung des Grundbuchs für den Rechts- und Wirtschaftsverkehr ist essentiell und kann nicht hoch genug eingeschätzt werden.“ Das Grundbuch sei ein maßgeblicher Garant für die Rechtssicherheit im deutschen Grundstücksverkehr. Kritisch äußerte sich Kutschaty zu dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzesentwurf zur Einführung eines Datenbankgrundbuchs soweit dieser die Verbindlichkeit von Eintragungstexten regelt. „Jegliche verfahrensrechtliche wie technische Neuerung wird sich daran messen lassen müssen, dass der bisherige Standard rechtssicherer Eintragungen in das Grundbuch auch in Zukunft gewahrt bleibt“, so Kutschaty weiter. Weiter würdigte er die Rechtspfleger, die in vielen weiteren Bereichen verantwortungsvolle gerichtliche Aufgaben wahrnehmen und damit rechtssichere Rahmenbedingungen für ein erfolgreiches Wirtschaften garantieren. „Ein funktionierendes Grundbuch-, Register-, Insolvenz-, und Zwangsvollstreckungsrecht ist für den freien Wirtschaftsverkehr von schlechthin konstituierender Bedeutung“, bekräftigte Kutschaty.

Nach den Grußworten erwarteten etwa 300 Zuhörer mit Spannung die Podiumsdiskussion zu dem provokanten Thema: Sicheres Grundbuch = Stabilität der Wirtschaft, Rechtspfleger verhindern „griechische Verhältnisse“. Das Podium besetzen Dr. Hans-Michael Pott, Vorstand des Bundesverband Mittelständischer Wirtschaft BVMW, Thomas

Mirow, DGHyp, Prof. Walter Böhringer und Wolfgang Lämmer unter der Moderation von Prof. Ulrich Keller, Berlin.

(Anm. d. Redaktion: eine ausführliche Berichterstattung zu der Podiumsdiskussion finden Sie unter www.bdr-online.de)



Die musikalische Umrahmung der Festveranstaltung übernahm unsere Kollegin und offentlichkeitsreferentin Jella Fiebach, AG Betzdorf, und der Pianist Tobias Hebelmann, Köln. Mit ihren Musicalsongs begeisterten sie das Publikum. Der Vorsitzende fasste dann auch zutreffend zusammen: Rechtspfleger können alles!

Der 34. Deutsche Rechtspflegertag findet im Herbst 2016 in Rheinland-Pfalz statt – wir freuen uns schon darauf.

(Anm. d. Redaktion: Der Landesverband Nordrhein-Westfalen bot für die teilnehmenden Rechtspfleger sowie für die mitgereisten Begleitpersonen ein umfangreiches Rahmenprogramm an. Eine ausführliche Berichterstattung zu dem angebotenen Rahmenprogramm wird in der nächsten Info veröffentlicht.)

Erprobung der Vertrauensarbeitszeit – los geht's!

Am 26.08.2012 haben wir die Muster-Dienstvereinbarung zur Vertrauensarbeitszeit und korrespondierend hierzu ein Eckpunkte-, Erläuterungs- und Hinweispapier veröffentlicht. Neben der Verteilung über die Bezirksverbände stehen beide Dokumente auch auf der Homepage www.rlp.bdr-online.de zum Download zur Verfügung. Auf der Homepage steht außerdem eine von Kollegin Cornelia Weber, AG Ludwigshafen, erstellte Präsentation zum Herunterladen bereit. Cornelia Weber hat hierbei die Kernpunkte der Vertrauensarbeitszeit unter dem Thema „Vertrauensarbeitszeit für Rechtspfleger – Eckpunkte, Möglichkeiten, Befürchtungen und Chancen“ zusammengefasst. Um diese Materialien zur Verfügung zu stellen, haben wir umfassend recherchiert: in den Absichten, Regelungen und Erfahrungen anderer Justizverwaltungen und auch von Kommunalverwaltungen (ja, es gibt solche Vertrauensarbeitszeitregelungen häufiger als man denkt!), dabei viele Gespräche mit diesen Anwendern und den Dienststellenleitungen geführt. Wir haben auch viele Gespräche in Rheinland-Pfalz geführt, mit den Kolleginnen und Kollegen, mit dem Ministerium, mit beiden Oberlandesge-

richtspräsidenten. Wir haben uns viele Gedanken gemacht über die vorgebrachten Einwände, Befürchtungen, Hoffnungen, Erwartungen, Ziele, Umsetzungsszenarien und vieles mehr. All dies war aufwändig und hat sehr viel Zeit gekostet, manches musste einen gewissen Entwicklungs- und Abstimmungsprozess durchlaufen, einiges musste nachgefragt werden, ab und zu war eine Pause nötig zum Verinnerlichen. Die wichtigsten Überlegungen haben wir in dem Eckpunkte-, Erläuterungs- und Hinweispapier niedergeschrieben. Im Ergebnis steht jetzt eine Muster-Dienstvereinbarung, die nach unserer Meinung sehr gut für die Erprobung der Vertrauensarbeitszeit geeignet ist. Es liegt jetzt in der Disposition jeder Dienststelle, eine entsprechende Dienstvereinbarung abzuschließen und letztendlich mit Genehmigung des MJV die Vertrauensarbeitszeit zu erproben.

Eine positive und vorbehaltlose Grundeinstellung der Dienststellenleitung zur Vertrauensarbeitszeit und die Teilnahme der überwiegenden Anzahl der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger an der Erprobung sind unseres Erachtens Grundvoraussetzungen für eine erfolgreiche Erprobung. Dabei haben

wir ganz klar das Ziel einer dauerhaften Festschreibung nach Evaluierung vor Augen! Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Freude und die Begeisterung über den Erfolg der Erprobungsmöglichkeit auch in Rheinland-Pfalz sind groß. Wir haben jetzt die riesengroße Chance, für uns bessere Rahmenbedingungen durch ein modernes, mitarbeiterfreundlicheres Arbeitszeitmodell zu schaffen und damit einhergehend zu einer größeren Arbeitszufriedenheit zu kommen. In der momentanen ganz schwierigen Belastungssituation ist dies kein Allheilmittel, das ist uns allen klar. Aber die Vertrauensarbeitszeit wird dabei helfen, selbstbestimmt und an den dienstlichen und persönlichen Bedürfnissen orientiert Verbesserungen zu erleben. Sorgen wir alle dafür, dass diese Chance genutzt wird! Der BDR wird diesen Prozess weiterhin engmaschig begleiten; es wäre deshalb von äußerster Wichtigkeit für uns, über gestellte Anträge, eventuelle Problemfelder und Schwierigkeiten, aber auch von Genehmigung und Verlauf Kenntnis zu erlangen. Bitte informieren Sie uns!

*Andrea Meyer
Landesvorsitzende
BDR Rheinland-Pfalz*

Gemeinsamer Bezirksverbandstag der Pfalz in Landstuhl

Am 16. August trafen sich 34 Mitglieder der BDR-Bezirksverbände aus der Pfalz zum diesjährigen gemeinsamen Verbandstag im

historischen Amtsgerichtsgebäude in Landstuhl, darunter erfreulicherweise auch sechs Rechtspflegeranwärter. Als Gäste konnten

der Präsident des Pfälzischen Oberlandesgerichtes Zweibrücken Willi Kestel und der Personalreferent Volker Doll begrüßt werden.

Für die Landesleitung waren die Vorsitzende Andrea Meyer sowie die beiden Stellvertreter Ingrid Fett und Thomas Steinhauer anwesend. Die Direktorin des Amtsgerichts Angelika Jansen-Siegfried freute sich über die Zusammenkunft in ihrem Hause und hieß alle in Landstuhl herzlich willkommen. Mit großem Interesse wurde der Vortrag von Willi Kestel über die geplante Strukturreform der Justiz in Rheinland-Pfalz verfolgt. Kestel stellte zunächst klar, dass es eine gute Zusammenarbeit zwischen den beiden Oberlandesgerichten in Zweibrücken und Koblenz gebe, insbesondere auch zwischen den beiden Gerichtspräsidenten und dass nur gemeinsam eine Lösung der unbestreitbar vorhandenen Sparzwänge möglich ist. Die Justiz muss sich mit den Sparvorgaben insbesondere des Landesrechnungshofs auseinandersetzen und diese, soweit sie nicht berechtigt sind, entkräften. Andererseits muss gleichzeitig versucht werden, Arbeitsgänge so zu optimieren, dass die anfallenden Arbeiten mit dem vorhandenen Personal in angemessener Zeit erledigt werden können. Kestel sagte in diesem Zusammenhang auch zu, sich dafür einzusetzen, dass die geplanten Stellenkürzungen im Bereich der Rechtspfleger nicht umgesetzt werden, sondern dass vielmehr noch mehr Stellen geschaffen werden müssen, da ein Deckungsgrad von ca. 75 % auf Dauer nicht hinnehmbar sei. Dabei stellte er jedoch klar, dass dies mit den vorhandenen finanziellen Mitteln geschehen müsse. Insgesamt sei auch ihm klar,

dass die derzeitige Stellensituation im Rechtspflegerbereich sehr unbefriedigend ist. Er erläuterte ferner seine Einstellung zur geplanten Vertrauensarbeitszeit für Rechtspfleger und regte an, zunächst die Ergebnisse der Erprobungen abzuwarten, bevor eine generelle Regelung getroffen werde. An seinen Vortrag schloss sich eine rege, in Teilen kontroverse, Diskussion an. Die Landesvorsitzende Andrea Meyer legte nochmals mit Vehemenz und Leidenschaft dar, welcher großer Schritt die Vertrauensarbeitszeit für die Rechtspfleger sei und warb dafür, sich dieser nicht argwöhnisch zu nähern oder gar zu verschließen, sondern sie positiv, vertrauensvoll und innovativ anzunehmen und in der Praxis zu erproben. Die Diskussion zeige, dass hier noch Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit zu leisten sei, wozu sie sich gerne bereit erklärte. Sie verwies auch auf den übersandten Entwurf für eine Dienstvereinbarung nebst Erläuterungen. Thomas Steinhauer stellte dann als Mitglied der Landesleitung kurz die weiteren aktuellen „Baustellen“ vor, so z.B. die Unterschriftenaktion zur Reform des öffentlichen Dienstrechts in Rheinland-Pfalz und die Bemühungen, in diesem Jahr zwischen Weihnachten und Neujahr eine Art Gerichtsferien zu installieren um an diesen beiden Tagen an den Gerichten nur jeweils einen Bereitschaftsdienst aufrechterhalten zu müssen. Im Anschluss erstatteten die jeweiligen Vertreter der einzelnen Bezirksverbände kurze Berichte: Der *BV Kaiserslautern* wird auch in diesem

Jahr für die neu eingestellten Rechtspflegeranwärter ein Frühstück ausrichten, in dessen Rahmen auch über die Arbeit des BDR informiert werden soll. Aus dem *BV Landau* wurde mitgeteilt, dass dort sich leider noch niemand bereiterklärt habe, die vakanten Vorstandsämter zu besetzen. Man sei weiterhin auf der Suche und müssiggfls. auch über eine Fusion mit einem anderen *BV* nachdenken müsse. Erfreulicher stellt sich die Situation beim *BV Frankenthal* dar. Dort wurden im Januar Neuwahlen durchgeführt und es finden auch regelmäßige Treffen der Mitglieder statt. Vom *BV Zweibrücken* gab es nichts Neues zu berichten. Im Anschluss an die Arbeitssitzung nahm noch ein Großteil der Anwesenden an einer Führung durch das Sickingenmuseum in Landstuhl teil, bei der der Vorsitzende der Heimatfreunde Landstuhl, Theo Schohl, interessante Informationen über die dort ausgestellten Exponate und die Geschichte der Sickingenstadt Landstuhl geben konnte und manches Histörchen zum Besten gab. Der Abschluss der insgesamt gelungenen Veranstaltung fand dann hoch über der Stadt am Fuß der Burg Nanstein in der Burgschänke statt, wo bei toller Fernsicht und gutem Essen noch viele gute Gespräche geführt wurden, so gut, dass die letzten der Teilnehmer es gerade noch schafften, vor einbrechender Dunkelheit den Rückweg durch den Wald zu bewältigen.

Klaus Potdevin
Dipl. Rechtspfleger (FH)
Amtsgericht Landstuhl

Die Landesleitung hatte sich im Vorfeld des gemeinsamen Bezirksverbandstages zu einer Sitzung getroffen, in deren Rahmen auch ein Gespräch mit Willi Kestel und Volker Doll stattfand. Die laufende Strukturreform, die

Rechnungshofforderung, die Anwärtergewinnung, die aktuellen Vorlagen im Kontext des Dienstrechtes und natürlich die enorme Arbeitsbelastung waren Themen und wurden in sehr offener, konstruktiver und freundschaftli-

cher Weise erörtert. Der weitere enge Dialog und die vertrauensvolle Zusammenarbeit werden fortgesetzt.

*Andrea Meyer
Dipl. Rechtspflegerin (FH)
Landesvorsitzende
BDR Rheinland-Pfalz*



Auf dem Bild: Die Kolleginnen und Kollegen der pfälzischen Bezirksverbände, die an dem gemeinsamen Bezirksverband teilnahmen

StarTrek – Treffen der Generation Das Anwärterfrühstück in Rheinland-Pfalz

Nach dem Inkrafttreten der AProRpfl ist die früher einwöchige Einführung der Anwärter bei einem Amtsgericht auf zwei Arbeitstage verkürzt worden. Trotz dieses engen Zeitplans haben landesweit die Bezirksverbände die Berufseinsteiger zum Anwärterfrühstück eingeladen. In **Koblenz** nahmen die Anwärter der Einstellungsjahrgänge 2010, 2011 und 2012 teil. Insgesamt waren ca. 20 Anwärter der Einladung des Bezirksvorsitzenden Walter Oberkirch, Cochem, gefolgt. In **Trier** nahmen zehn Anwärter der verschiedenen Einstellungsjahrgänge an dem Frühstück teil, das wie immer von Kollege Ulrich Graafen organisiert wurde. Im Justizzentrum **Kaiserslautern** fand das Willkommensfrühstück für die neuen

Rechtspflegeranwärter des OLG-Bezirks Zweibrücken statt. Die Veranstaltung wurde von Jana Schaal und Anja Jochum durchgeführt. In **Bad Kreuznach** übernahm die Organisation des Frühstücks für fünf Berufsanfänger Kollege Michael Scharwath.

Der BDR versteht sich bei dem Anwärterfrühstück in erster Linie als Rahmengerber für einen ungezwungenen Austausch zwischen den Studierenden. In gemütlicher Atmosphäre wird den Neankömmlingen aber auch der Bund Deutscher Rechtspfleger vorgestellt. Ehrenamtlich setzen sich die Vertreter des Berufsverbands auf allen politischen Bühnen und in der Justizverwaltung engagiert für die Verbesserung des Berufsstandes ein. Auch die Inte-

ressen der Anwärter werden im BDR vertreten. So kümmert sich unsere Ausbildungs- und Jugendbeauftragte Evelyn Braun ausschließlich um die Sorgen und Nöte der Anwärter. Sie ist jederzeit für die Anwärter erreichbar und hält regen Kontakt zu der Fachhochschule für Rechtspflege in Schwetzingen.



*Evelyn Braun- für die jungen
Kolleginnen und Kollegen
im dbb engagiert*

Die Anwärter erhielten Informationsmaterial über die Mitgliedschaft im BDR und die vielen Vorteile, die auch

seitens des dbb gewährt werden. Viele Anwärter haben die Wichtigkeit der Organisation in einem Berufsverband erkannt und sind in den BDR eingetreten. Neben wertvollen Informationen über den Bund Deutscher Rechtspfleger fand sich viel Gesprächsstoff rund um den Ablauf des Studiums und der Studienpraxis. Der Vorsitzende des Bezirksverbands Koblenz Walter Oberkirch beglückwünschte die Be-

rufsanfanger zu ihrer Berufswahl. „Sie haben einen vielseitigen aber auch anspruchsvollen Beruf gewählt“. Auch in Schwetzingen wird der BDR die Anwärter besuchen. Dort finden regelmäßig gemeinsame Veranstaltungen mit den beiden Landesverbänden BDR LV Saarland und BDR LV Baden-Württemberg statt. Die Rückmeldungen zu den Anwarterfruhstucken und den Infoveranstaltungen

in der FH der letzten Jahre haben gezeigt, dass diese Veranstaltungen von allen als sehr informativ und sinnvoll erachtet werden. Sie haben sich inzwischen als fester Bestandteil der Einführungsphase bei den Gerichten und während des Studiums an der Fachhochschule etabliert.

Jella Fiebach

Dipl. Rechtspflegerin (FH)

Amtsgericht Betzdorf

„STAATklar – Wir sind die Zukunft“ Bericht vom 17. Bundesjugendtag

Am 18./19. Mai 2012 fand in Berlin der 17. Bundesjugendtag unter dem Motto "STAATklar - Wir sind die Zukunft" statt. Eröffnet wurde die Veranstaltung von der Vorsitzenden der dbb jungend (bund) Sandra Hennig. Sie wies in ihrer Rede nachdrücklich auf den bereits heute bestehenden Misstand der personellen Ausstattung im öffentlichen Dienst hin. Immer weniger Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter werden immer mehr Arbeit schultern müssen, so Sandra Hennig weiter. Die Nachwuchsgewinnung im öffentlichen Dienst könne im Wettbewerb mit der freien Wirtschaft um die besten Köpfe nur mithalten, wenn attraktivere Arbeitsbedingungen geboten würden. Insbesondere amtsangemessene Einkommen, Karriereperspektiven und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle seien gefragt. Peter Heesen, der dbb Bundesvorsitzende, betonte in seinen anschließenden Begrüßungsworten weiter, dass in vielen Behörden das

Durchschnittsalter bei über 44 Jahren liege. Während das Alter der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter stetig steige, würden immer weniger junge Kolleginnen und Kollegen eine Tätigkeit im öffentlichen Dienst beginnen. Einstellungsstopps sowie die Nichtbesetzung frei werdender Stellen würden das Problem weiter verschärfen. Verstärkt durch den demographischen Wandel ist bereits heute ein Nachwuch- und Fachkräftemangel zu spüren. Dieser werde sich in den nächsten 10 Jahren noch weiter verstärken, wenn nicht die Politik entgegensteuere. „Die Jugend ist die Zukunft, wir kämpfen mit ihnen für den öffentlichen Dienst von heute und für morgen“, so Heesen abschließend.

Es folgten weitere Gruworte des beamtenpolitischen Sprechers der CDU/CSU Bundestagsfraktion Armin Schuster (Mitglied des Bundestagsinnenausschusses) und der Senatorin für Arbeit, Integration und Frauen des Landes Berlin Dilek Kolak

(SPD, Mitglied des Ausschusses für Frauen und Jugend im Deutschen Bunderrat). Im Arbeitsteil der Veranstaltung fanden im Anschluss an die Vorstellung des Geschäftsbereichs der Bundesjugendleitung Neuwahlen statt. Neben Sandra Hennig, als Vorsitzende der Bundesjugendleitung, wurden auch Liv Grolik und Michael Gadzalla als stellvertretende(r) Vorsitzende(r) im Amt bestätigt. Neu in die Bundesjugendleitung wurden Marco Karbach (komba jugend rlp) und Sascha Tietze (vbob jugend) gewählt.

Nicht nur bei dem Dachverband der dbb-jugend ist das Problem der Nachwuchsgewinnung angekommen, auch im Bereich der Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger wird es immer schwieriger junge Menschen für den fachlich attraktiven Beruf zu gewinnen. Bereits seit einiger Zeit ist zu spüren, dass viele junge Kolleginnen und Kollegen sich nach ihrem Examen für eine weitere Qualifizierung entscheiden

oder gar ganz aus der Justizfamilie ausscheiden. Gerade in Zeiten einer mehr als nur überdurchschnittlichen Arbeitsbelastung bei den Rechtspflegern gilt es daher umso mehr etwas für die

Nachwuchsgewinnung zu tun und mit attraktiven Arbeitsbedingungen dafür Sorge zu tragen, dass die jungen, motivierten und engagierten Kolleginnen und Kollegen mit der nötigen Sorg-

falt ihre täglich Arbeit bewältigen können!

Evelyn Braun

Dipl. Rechtspflegerin (FH)

Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz

PlaceCam

– Nutzung der Videokonferenztechnik ist nun für jeden möglich

Das Ministerium der Justiz und für Verbraucherschutz hat im Jahr 2010 begonnen, eine moderne Videokonferenztechnik in der rheinland-pfälzischen Justiz zu etablieren. So wurden die Landgerichte und Oberlandesgerichte mit HD-Videokonferenzsystemen ausgestattet, die beispielsweise bei Vernehmungen im Rahmen des Zeugen- und Opferschutzes und bei Strafvollstreckungsüberprüfungen regelmäßig zum Einsatz kommen. Daneben wurde in der Folge auch eine PC-basierte Videokonferenztechnik in der rheinland-pfälzischen Justiz etabliert, die in dieser Form bisher nur in der rheinland-pfälzischen Justiz zur Verfügung steht. Die zugrunde liegende Software für die Durchführung von Arbeitsplatz-Videokonferenzen („PlaceCam“) wurde bis Anfang 2012 erprobt und kann nunmehr an jedem Arbeitsplatz-PC bei allen Justizbehörden genutzt werden. Die Arbeitsgruppe „Videokonferenztechnik in der Justiz“ möchte darüber informieren, dass die Nutzung von PlaceCam ausdrücklich nicht auf die Richterschaft und den Einsatz in Rechtssachen beschränkt ist. Sie soll auch den Rechtspflegerinnen und Rechtspflegern möglich sein. Die Arbeits-

platz-Videokonferenz erfolgt mittels einer intuitiv bedienbaren Software namens PlaceCam. Diese kann ohne zusätzliche Kosten auf jedem beliebigen Justiz-PC installiert werden. Zwingend benötigt wird lediglich eine Webcam. Ein Headset bzw. ein Mikrofon (bei der Nutzung durch mehrere Personen) wird empfohlen. Die Software beinhaltet ein Adressbuch, über das alle Nutzer der Software innerhalb der Justiz mit einem Mouseklick anwählbar sind. Dabei können auch Gruppenkonferenzen mit beliebig vielen Teilnehmerinnen und Teilnehmern durchgeführt werden. Die Software ermöglicht es, Dokumente (z.B. Word- und Excel-Dateien) gemeinsam zu bearbeiten und diese aus dem Programm heraus auszutauschen. Darüber hinaus kann auch eine direkte Anwahl der HD-Videokonferenzsysteme an den 22 Standorten in der rheinland-pfälzischen Justiz erfolgen. Auf diesem Weg führen z. B. viele Richterinnen und Richter bei den Strafvollstreckungskammern die Vernehmungen von Gefangenen im Rahmen der Strafvollstreckungsüberprüfung am eigenen PC-Arbeitsplatz durch. Weitere Informationen zur Videokonferenztechnik in der rheinland-

pfälzischen Justiz im Allgemeinen und zur Arbeitsplatz-Videokonferenz „PlaceCam“ sind auf einer Informationsplattform

(<http://minsps01/Justizprojekte/Videokonferenz/default.aspx>) im Sharepoint zusammengetragen. Ein Demonstrationsvideo zu PlaceCam finden Sie unter „Allgemeine Informationen“/„Demo-Video zu PlaceCam“. Die Software PlaceCam kann insbesondere im Bereich des kooperativen Arbeitens (Arbeitsgruppen-, Projektgruppen-, Gremienbesprechungen), zur kurzfristigen, spontanen Problemlösung und als (persönlichere) Alternative zu dem bisherigen Kommunikationsangebot (Telefon und E-Mail) gewinnbringend eingesetzt werden. So finden bereits heute Videobesprechungen zwischen den Geschäftsleiterinnen und Geschäftsleitern oder zwischen den Bezirksrevisorinnen und Bezirksrevisoren statt. Viele weitere Einsatzfelder, wie z.B. Schulungen oder Workshops - in beliebig großen Gruppen oder zu zweit - sind möglich. Die Arbeitsplatzvideokonferenz ermöglicht auch die Durchführung von sog. „Dialogforen“. Die Ausstattung mit Hardware erfolgte durch die IT-Stelle des Landgerichts. Vor allem bei kleineren Amtsgerichten kommt es häufiger vor, dass

einzelne Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger Fachgebiete alleine bearbeiten. Ein persönlicher Austausch mit Kollegen, die mit gleichen Aufgaben betraut sind, ist dann nicht ohne weiteres möglich. Die Einrichtung eines „Dialogforums“ kann einen direkten Austausch in einer Gruppe ermöglichen. Hierbei ist auch das Zeigen und gemeinsame Bearbeiten von Dokumenten ein äußerst hilfreiches Werkzeug. Die PlaceCam kann auf jedem

PC-Arbeitsplatz installiert werden. Besondere Kosten fallen hierfür nicht an. Die Hardware (Webcam, ev. Headset) kann entweder direkt durch das Amtsgericht oder über die IT-Stelle des Landgerichts beschafft werden. Eine entsprechende Beschaffung sollte aber nur dann vorgenommen werden, wenn feststeht, dass PlaceCam auch tatsächlich genutzt wird. Die Einrichtung und Betreuung der Software erfolgt durch den zuständi-

gen Videokonferenz-Beauftragten des Landgerichts. Die Liste der Videokonferenz-Beauftragten ist auf der Informationsplattform des SharePoints abgelegt.

*Marcus Schönemann
Dipl. Rechtspfleger (FH)
Ministerium der Justiz und für
Verbraucherschutz*

Anmerkung der Redaktion:

In der Info 3/2012 wird ein ausführlicher Erfahrungsbericht über die Verwendung der PlaceCam veröffentlicht.

Hinweis: Newsletter der Landesleitung

In Ergänzung zu der Rechtspfleger-INFO ist inzwischen bereits zweimal ein Newsletter der Landesleitung über die Bezirksverbände verteilt worden. Die-

ser Newsletter hat sich zur kurzfristigen Verteilung wichtiger Nachrichten bewährt. Die Newsletter können jederzeit bei der Öffentlichkeitsreferentin Jella Fiebach

angefordert werden. Von einer Veröffentlichung auf der Homepage des Landesverbandes wurde abgesehen.

Wir gratulieren unseren Seniorinnen und Senioren zum (halb-) runden Geburtstag!

Hans-Georg Mies
Dieter Krämer
Walter Nieder

Erika Jung
Georg Granda



!!! Wichtige Termine zum Vormerken !!!

- ☞ 14.11. bis 16.11.2012 Bänkertagung im Schloss Waldthausen bei Mainz
- ☞ 21.11. bis 23.11.2012 Tagung in Bad Boll
- ☞ 05.12.12 bis 08.12.12 Fortbildungsveranstaltung des Fördervereins zum Thema „Handelsregister aktuell“ in Rotenburg an der Fulda
- ☞ 24.04.2013 Rheinland-pfälzischer Rechtspflegertag in Koblenz